

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 45.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 18. April 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die vierteljährliche
Stonpdruckzeile 25 Pfennig;
Verjammtungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

Ausblicke.

II.

Es geht inzwischen weiter, wie es schon bei den ersten sozialpolitischen Debatten in dem neuen Reichstage war: Die Parteien beschuldigen sich gegenseitig der unterschiedlichsten Unterlassungsünden und glauben damit im Lande, draußen bei ihren Wählern, gar noch zu imponieren. Daß sie es recht nötig haben, einen guten Eindruck durch ihr Auftreten zu erwecken, soll gewiß nicht verkannt werden, denn wenn man die während der Wahlkampagne gemachten Versprechungen auch nicht sonderlich ernst nehmen darf, so ist das nunmehr, nachdem ein beispielloses Wettrennen mit dem Einbringen sozialpolitischer Forderungen stattgefunden, doch etwas anders — jetzt heißt es eben: Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen! Und da man bei dem Stimmenfange diesmal dem Volke den Mund wirklich etwas sehr wässrig gemacht hat, da weiter die Regierung auch nichts unverzagt gelassen, sich volksfreundlich zu geben, wie wohl noch nie dagewesen, so haben sich die Herrschaften eine Situation geschaffen, die bei Nichte betrachtet nichts weniger als angenehm für sie ist. Wenn die sozialpolitische Unfruchtbarkeit, die Naumann: — der von dem extremen Flügel in der sozialdemokratischen Partei jetzt viel Geschmähte — in der vorigen Woche bei Wiederaufnahme der sozialpolitischen Diskussion rückwärtslos in seiner viel bemerkten parlamentarischen Jungferrede auf ihre wahren Ursachen untersuchte, also nicht halb und nicht deutlich erkennbar überwunden wird, dann ist es eben verspielt. Was dann im Jahre 1912 eintreten wird, ist um so weniger eine Preisfrage, als inzwischen der unausbleibliche Rückschlag der wirtschaftlichen Hochkonjunktur für eine beträchtliche Stärkung der Reihen der Unzufriedenen, der Mißbegünstigten und von Not und Leid Heimgesuchten gesorgt haben wird. Mit dieser Perspektive haben alle die Parteien zu rechnen, denen in den letzten Wochen der Mund übergeflossen ist vor lauter Wohlwollen für die 20 Millionen Menschen, die in Deutschland das eigentliche Volk ausmachen. Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Regierung haben es tatsächlich jetzt selbst in der Hand, ob die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen die diesmalige Schlappe wettmachen kann. Noch haben sie die Krämpfe in der Hand, spielt man diese nicht aus, so dürste namentlich der Gedanke an eine Wiedererstarbung des Liberalismus für immer dahin sein. Die Arbeiterfrage und nicht die sogenannte nationale Frage ist mithin für alle nicht direkt reaktionären Parteien eine Lebensfrage.

Wenn nun in der verflochtenen Woche der Freisinnige Dr. Mugdan schlankweg behauptete, daß mit dem neuen Reichstage sich viel besser Sozialpolitik machen lasse als mit dem alten — eine übrigens von dem Zentrum sehr übel aufgenommene Bemerkung —, so sind wir jedenfalls nicht die einzigen, welche diese Wagehaltigkeit erstaunen machte. Unter welchen Voraussetzungen Mugdans optimistische Auffassung Wahrheit werden könnte, haben wir ja schon mehrfach gesagt und selbst bei der Sozialdemokratie, die bekanntlich ein Posadowsky einmal als die Arbeiterpartei ansprach, nicht un-

wesentliche Vorbehalte gemacht, aber zu solch rosaroter Auffassung zu gelangen, ist denn doch etwas kühn.

Daß Reichstag und Regierung bei der Frage der Gewährung von Steuerzuschlägen an die Unter- und die niederen Beamten im Reichsdienste eine vernünftige Haltung einnahmen, indem letztere ohne Widerstreben sich mit einer erheblichen Geraufsetzung der Zulagen abfand, und der Reichstag seinerseits das sehr seltene Schauspiel der einstimmigen Annahme dieser höheren Steuerzuschlägen bot — womit gleichzeitig die sonst entschieden bestrittene wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung urfächlich anerkannt wurde —, beweist doch noch nicht viel, am allerwenigsten die grundsätzliche Abkehr von dem Standpunkte, daß Theorie und Praxis zwei paar Schuhe sind.

Sollte aber der Abgeordnete Mugdan sein frohes Goffen geschöpft haben aus der feierlichen Erklärung eines Nationalliberalen (Sieber), der vor fünf Wochen betonte, augenblicklich lägen die wichtigsten sozialen Aufgaben auf dem Gebiete der Organisation: Sicherung der Koalition, Ausbau von Tarifvereinbarungen (die überhaupt jetzt hohen Kurswert bei den bürgerlichen Parteien haben), dann wäre er sehr schlecht beraten. Denn wenn ein Mann wie der christlich-soziale Behrens, welcher, wie die ganze Stöcker-Richtung, wahrhaftig nicht unbescheiden ist bei der Vertretung von Arbeiterinteressen, der national-liberalen Fraktion recht unliebenswert sagte, daß man im preußischen Landtage von sozial-fortschrittlicher Stimmung wenig verspiere und „besonders sind es die Nationalliberalen, die im Gegensatz zu ihrer Stellung hier vom sozialen Fortschritte dort nicht viel wissen wollen; wir müssen deshalb auch im Reichstage erst die Taten der Herren abwarten“; wenn derselbe Behrens schmerzlich bedauerte, von den Forderungen des ersten nationalen Arbeiterkongresses (Frankfurt a. M., 1903) sei noch keine einzige durchgeführt, obwohl Bülow dem Bureau dieser Tagung persönlich sich höchst anerkennend gegenüber ausgesprochen habe; wenn ferner Abgeordneter Gothein von der freisinnigen Vereinigung dem Zentrum vorhielt, es habe im preußischen Landtage stets die Anträge auf Verbesserung des Wahlrechtes abgelehnt (derselben Partei, welcher der Unreaktionär Gamp zuversichtlich verkündete: „Unser Wege werden sich schon wieder zusammenfinden!“), und wenn Posadowsky von den Konservativen die nicht gerade vorteilhafte Ansicht äußerte, daß sie im Reichstage ganz andere wären als in Preußens Junkerkammer — dann gute Nacht, Herr Mugdan, mit Ihrer hohen Meinung über die Bundesgenossenschaft, mit der Sie die großen sozialpolitischen Siege der Zukunft erringen wollen!

Es läßt sich gar nicht in den Rahmen zweier Artikel das Anlagematerial zusammendrängen, welches an Versündigungen auf sozialem Gebiete die einzelnen Parteien auf dem Herdholze haben, geschweige denn dieses Verschulden gegenseitig genauer abwägen; von Schuld und Fehle sind sie eben allesamt nicht freizusprechen. Noch weniger aber die Regierung, der mit Zug und Recht Naumann vor acht Tagen die schwersten Vorwürfe machte. Der Bundesrat ist in der Tat der unsicherste Kantonist. So manche Verbesserung, die vom Reichstage getroffen oder doch gewünscht wurde,

scheiterte an der antisozialpolitischen Mehrheit dieser Vertretung von deutschen Staatsregierungen, der leider, leider das Recht zusteht, die oft nach Ueberwindung großer Widerstände von der Reichstagsmehrheit endlich zu Werke gebrachte Gesetzesarbeit zu akzeptieren oder kühl ad acta zu legen. Man denke nur an die unzähligen Male beschlossenen Diäten; doch erst im Frühlinge vorigen Jahres haben „die Kerls“ erstmalig einen Teilbetrag von den gewährten 3000 Mk. einfallen können. Und weil aus der Antwort Posadowskys an Naumann, — die im ganzen sehr zugeknöpft ausfiel — nicht im geringsten zu entnehmen war, daß der Bundesrat auch seinerseits Einkehr halten wolle, so sind die Ausichten der Sozialreform trotz der schönsten Reden, trotz der hohen und heiligen Versicherungen, trotz der vielversprechenden Verlautbarungen in der offiziellen Presse nicht besser und schlechter geworden als wie bisher. Ob die Perspektive der Sozialgesetzgebung dadurch günstiger sich gestaltet, daß neuerdings das Zentrum wieder mit der Regierung die zerrissenen Fäden aufzunehmen trachtet (wogegen sich dieselbe wohl nicht zu sehr sperren würde), kann mit einem glatten Nein beantwortet werden. Wie schon in dem ersten Artikel gesagt: die Arbeiterklasse hat nur dann von der Zentrumspartei ein entschiedeneres Eintreten für ihre Interessen zu erwarten, so lange das Zentrum Oppositionspartei ist. Die Wiedereinnahme der alten Machtstellung dieser größten Fraktion im Reichstage kann aber nur unter Verzicht auf das Prestige einer ersten Förderin der Sozialreform erfolgen. Das ist ja eben das große Leidwesen, daß alle Parteien in Deutschland Sozialpolitik pflegen wollen und doch nur Parteipolitik treiben — die einen weniger, die anderen mehr! Und die Regierung ihrerseits tut auch herzlich wenig, um von Deutschland das Odium des Klassenstaates zu nehmen und ihm das schönere Charakteristikum des Sozialstaates zu geben. Gewiß, es sieht anderswo im allgemeinen auch nicht besser aus, aber Klang nicht aus Posadowskys Entgegnung auf Naumanns Rede etwas heraus wie: Deutschland auch in der Lösung der sozialen Frage in der Welt voran? Ein Land, das sich dessen rühmt, darf aber nicht eine Regierung haben, deren Glieder auf das ängstlichste bemüht sind, nur ja nicht bei den Leuten anzuecken, die das Gest in den Händen haben, und das sind in Deutschland die allmächtigen preussischen Junker! Dort, im preussischen Landtage, sitzen die Leute, welche von „einer Blindlings über die Bedürfnisse des praktischen Lebens hinwegrasenden Sozialpolitik im Automobiltempo“ gemeingefährlich phantastieren, von einer „sozialpolitischen Nebenregierung“ fabulieren; dort, wo von der breiten Volksmasse als von der „Bestia humana“ — von der menschlichen Bestie — gesprochen (wie von dem Konservativen Dr. v. Burgsdorf geschähen), wo die Einführung chinesischer Sklaverei begrüßt wird, wo ein Malkewitz, der schlimme Intransigent aus unseren Reihen, ein Gesetz gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie verlangt, um angeblich die Freiheit der Arbeitgeber und der Arbeiter zu schützen, wo überhaupt fortgesetzt der Ruf nach einem besondern, noch größern gesetzlichen Schutze der Arbeitswilligen erschallt (im Reichstage haben Gamp und Winkler von der äußersten

Rechten denselben Faden gesponnen), wo so honorable Leute wie der Reichsparteiler v. Dürren eigentlich heimlich sind, der im Reichstage den Gewerkschaftsbeamten Erpressung vorwarf, weil selbige für ihre wahrlich nicht leichte Arbeit aus den Beiträgen der Mitglieder begahlt werden, wo der Minister für Handel und Gewerbe wehleidig klagt über „die Art, wie das Koalitionsrecht von Seiten der Arbeiter ausgeübt wird“ und sich offen als Gegner des freien Koalitionsrechtes zu erkennen gab, wo anerkanntermaßen die Mehrzahl der Minister in sozialen Fragen einen Standpunkt einnimmt, der mit Posadowsky's Anschauungen ganz erheblich differiert, wo der Reichskanzler als preussischer Ministerpräsident mit mehr Glück den Konserativen spielt als im Reichstage den Liberalen — dort sind die Väter aller Hindernisse zu suchen, die einer nachdrücklichen Förderung der Sozialpolitik Steine auf Steine in den Weg legen. Der Zentrumsmann Schädlar hat vor etwa sechs Wochen in seiner grobkörnigen Weise vom Reichskanzler gesagt: „Jetzt kennen wir ihn, und zwar gründlich, als einen Mann mit einem doppelten Gesicht, wie der Gott Janus bei den alten Römern“, was zwar hart, aber selbst bei loyaler Berücksichtigung der großen Schwierigkeiten von Büllows Position doch ein nicht ganz unverdienter Vorwurf ist. Derselbe Staatsmann, der Ende Januar 1903 das große Wort sprach, der Ausbau der Sozialpolitik sei die Aufgabe des 20. Jahrhunderts, hat ja in den 6½ Jahren seiner Tätigkeit an positiver Sozialpolitik so gut wie nichts vor sich gebracht.

In einem kleinen Beispiele aus unserm gewerblichen Leben sei noch erwiesen, wie selbst in kleinsten Fragen die Regierung versagt. Im Dezember v. J. ließ sich die Gesellschaft für soziale Reform einen Vortrag von Herrn Kommerzienrat Bürgen über unsern Tarifvertrag halten. Bei der Gelegenheit rief nun der Vorsitzende des Tarifamtes den mitanwesenden Regierungsvertreter kräftig die Tatsache unter die Nase, daß der Bundesrat auf die Eingabe des Tarifamtes, die Gehaltskategorie des Tarifes als verbindlich für die Buchdruckereibetriebe zu erklären — wozu er laut Gewerbeordnung ohne weiteres das Recht hätte — in dem Zeitraum von fünf Jahren nicht das geringste tat!

Muß man da nicht den derben Spott, den am 9. März Otto Hue mit den übrigen Parteien trieb: „Es geht mit der bürgerlichen Sozialpolitik so langsam, wie bei dem Ochsen die Milch kommt, alle 17 Jahre einmal“, auch auf die Reichsregierung anwenden? Kann man auf die Verheißung eines Mannes groß etwas geben, dessen Regierungszeit bis dato die sieben mageren Jahre der Sozialreform darstellen, desselben Reichskanzlers, der dem neuen Reichstage versicherte: „Auch eine gesunde, kräftige, vorurteilslose, vernünftige Sozialpolitik wird fortgeführt werden,“ und doch erst einige Wochen zuvor die mit allen möglichen Schikanen ausgerüstete Gewerkschaftsvorlage eingebracht hatte, die von den Christlichen, den Christlich-Sozialen Organisationen ebenso entschieden verworfen wurde als von den freien, und die sogar der Nationalliberale Wassermann einen Wechselbalg nannte, deren Wiedereinbringung von Zentrum, Freisinn und den Nationalliberalen verlangt wurde unter der Voraussetzung, daß sie von freihetlichem Geiste erfüllt sein müsse?

Büllow, der einstmal der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, in der Kritik verdiene sie die Note Ia, in positiver Arbeit aber Vb, hat jedenfalls, was die Sozialpolitik anbelangt, Anspruch auf die Penur: Positive Arbeit Vb, in Versprechungen Ia. Will er darin den notwendigen Ausgleich herbeiführen, so ist es für ihn und alle die Parteien, die sich im Vorbringen von sozialreformerischen Winkeln gar nicht genug ausgeben können, dazu die höchste Zeit. Die bewußte mittlere Linie ist ja gar nicht so schwer zu finden, zermartert keinem Reichssekretär das Gehirn. Im Schlußartikel wird sie skizziert werden, werden wir zeigen, in welcher einfacher Weise die Mahnung des Grafen Arnim-Bohlenburg aus dem Jahre 1848 sich verwirklichen ließe: „Die Regierung muß der Bewegung stets einen Schritt voraus sein.“

Gau Bayern.

Der bayerische Goutag, dessen Verhandlungen an den beiden Osterfeiertagen in München im Restaurant „Alte Schießstätte“ stattfanden, hatte auch diesmal wieder eine umfangreiche und wichtige Tagesordnung zu erledigen. Aus dieser waren wegen ihrer für den Gau tief einschneidenden Wirkungen von besonderem Interesse die von einer Reihe von Mitgliedschaften beantragte Wiedereinführung eines Arbeitslosenzuschusses, die Berichterstattung über die Tarifdurchführung in Bayern sowie die Regelung der Verwaltungsverhältnisse, zu welchem Punkte Urträge vom Gauvorstande und den Mitgliedschaften Nürnberg und Würzburg vorlagen. Erschienen waren 76 Delegierte aus 38 Orten, die vom Gauvorsteher Seitz, ebenso auch durch Kollegen Döhling namens der Mitgliedschaft München aufs herzlichste begrüßt wurden. Der Vorsitzende Seitz gedankt der seit dem letzten Goutage verstorbenen Mitglieder in ehrender Weise. Sodann teilte er mit, daß der Gau Bayern am Ostermontag auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblickt und gibt eine gedrängte Geschichte des am 1. April 1877 durch die Vereinigung des altbayerischen, fränkischen und schwäbischen Gaus gegründeten Gaus Bayern. Er hebt die vielen Schwierigkeiten hervor, die der Entwicklung des Gaus, besonders unter dem Sozialistengesetz, bereitet wurden, und die vielen Wandlungen, die derselbe durchmachen mußte, die sogar im Jahre 1881 zur Liquidierung führten. Unter dem Titel „Buchdrucker-Unterstützungsderein für Bayern“ mußte er sich von großen Ganzen lösen, die Wiedereinrichtung mit dem Verbands wurde erst im Jahre 1890 gestiftet. Die Mitgliederzahl betrug bei der Gründung vor dreißig Jahren 323, sie ist heute auf etwa 4000 gestiegen, und gehört der Gau Bayern zu den bestentwickelten innerhalb des Verbandes.

Kollege Bittsch hat die Bewegungsgeschichte des Gaus in Ziffern zusammengetragen. Die Arbeit besteht in einer umfangreichen Tabelle, die überichtlich die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Gaus seit Bestehen festhält und mit erklärenden Texten versehen ist. Konstatiert wird auch daß von den Delegierten, die vor dreißig Jahren zur Gründung des Gaus Bayern zusammenkamen, sich Kollege Bittsch-Nürnberg noch unter den diesmaligen Delegierten befindet.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung gibt Gauvorsteher Seitz einen umfangreichen Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes und die Entwicklung des Gaus in den letzten zwei Jahren. Es sei vorwärts gegangen auf allen Gebieten. Er streift die Tarifrevision und die dadurch herbeigeführten Verbesserungen, die Mitgliedszunahme, die hauptsächlich in den Provinzorten zu verzeichnen sei und sich auf 505 beziffere, das Steigen der Zahl der Druckorte, in denen Mitglieder konstituieren (von 129 auf 143), ebenso eine Vermehrung der Mitgliedschaften. Auch der heutige Goutag zeige das Wachstum, denn dieser sei mit der Höchstzahl der Delegierten besetzt, die je auf einem bayerischen Goutage gewesen. Die günstige Entwicklung zeige sich auch darin, daß der Gau in den letzten beiden Jahren 70 000 Mk. an die Zentralkasse abliefern konnte. Das Vermögen des Gaus sei um rund 4000 Mk. gewachsen, trotz beträchtlicher Ausgaben. An Arbeitslosen, Kranken-, Invaliden- und sonstigen Unterstützungen sowie an Sterbegeld seien in den letzten zwei Jahren von den Verbands- und Mitgliedschaftskassen 353 978,06 Mk. ausgegeben worden; hierzu kämen noch 12 000 Mk. für „Korr.“-Obligatorium, 2000 Mark für Bibliothekszwecke und 12 000 Mk. für Beiträge an Gewerkschaftskassen und für Unterstützung usw. an andere Gewerkschaften. Zum Zwecke der Agitation und Berichterstattung hat Redner 1905 13 Orte sechsjeimal, 1906 25 Orte sechsjeimal besucht.

Hieran anschließend gibt Gauverwalter Bittsch einen kurzen Bericht über Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1905 und 1906. Der Vermögensbestand der Gaukasse sei von 48 722,76 Mk. auf 52 736,70 Mk. gestiegen, ebenso die Einnahmen der Verbandskasse im letzten Jahre gegen das Vorjahr um 15 540,30 Mk., während die Ausgaben für Unterstützung im gleichen Zeitraume um 15 79,26 Mk. weniger betragen.

Bei dem Punkte 4 der Tagesordnung: „Berichterstattung der Delegierten und Agitationskommissionen über die Verhältnisse in ihren Kreisen“, erklären zunächst einmal die betreffenden Vorsitzenden der in den Orten Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg bestehenden Agitationskommissionen übereinstimmend, ihnen schon im Rechenschaftsberichte des Gaus gemachten Darlegungen nichts Wesentliches hinzuzufügen zu können. Ueber den Wert der Agitationskommissionen und deren Fortbestand oder Auflösung entspinnt sich eine längere Debatte, in der fast alle Redner sich darin einig find, daß diese Kommissionen die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben, und wird schließlich ein Antrag Steeger-Fürth auf Aufhebung dieser Agitationskommissionen einstimmig angenommen.

Sehr umfangreich gestaltete sich die Berichterstattung der Delegierten über die Verhältnisse in ihren Wahlkreisen. In alphabetischer Folge werden die vertretene Orte aufgerufen, und wenn auch in der Hauptsache zutage trat, daß dem im Rechenschaftsberichte bereits Gesagten nichts hinzuzufügen war, so hatten doch viele der Delegierten den Auftrag oder fühlten sich aus eigenem verpflichtet, sie und ihre Kollegen am Wohnorte Bedrückendes dem Goutage zu unterbreiten und einen Fingerzeig zur Abhilfe mit heimzunehmen. Freudlich ist, daß die Durchführung des revidierten Tarifes sich in unserm Gau fast glatt vollzog. Wo noch Durchlöcherung oder Umgehung versucht wird, sind und werden die Tariforgane ver-

ständig, und sollte sich dem gemeinsamen Bemühen zur Schaffung geordneter Verhältnisse im Gewerbe ernster Widerstand entgegenstellen, wird diesen zu brechen die Aufgabe der Gehilfen und Prinzipale sein.

Eines von Interesse für die Allgemeinheit sei hier erwähnt: In Augsburg gründete die Firma Bruckmann eine Rentenkasse. Die Mitgliedschaftsversammlung nahm Stellung dahingehend, daß ein eventueller Zwang zum Beitritte mit den tariflichen Bestimmungen in Widerspruch stände. Der Zwang wurde infolgedessen fallen gelassen. Nach Klarlegung der Widerprüche, die für den gemeinschaftlich organisierten Buchdruckergehilfen, der im Verbands gegen die schwersten Unbilden des Lebens geschützt ist, in der Zugehörigkeit zu solchen Hauskassen entstehen, traten auch die freiwillig beigetretenen Mitglieder aus erwähnter Klasse wieder aus. Die „Zeitschrift“ verwunderte sich über die Verstandnislosigkeit der Augsburger Buchdruckergehilfen gegenüber solchen offenkundigen Wohlfahrtsanstaltungen und meinte, die Münchener Gehilfen würden bei gleichem Ansinne nicht in dieselbe Kerbe hauen. Diese Vorgänge veranlaßten den Goutag, an welchem von München 22 Delegierte beteiligt waren, zur einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Der Goutag erklärt die Neugründung von Hauskassen als die tarifliche und organisatorische Arbeit des Verbandes schädigend und seinen Interessen zuwiderlaufend. Die Zugehörigkeit zu bereits bestehenden Hauskassen ist nur im Einverständnis mit dem Gauvorstande zulässig.“ In Erlangen wurde die tariflich begründete Forderung eines Kollegen mit Maßregelung beantwortet. Die einstimmige Einreichung der Kündigung seitens des Personals erwirkte die Rückgängigmachung der Maßnahmen. Gehilfenvertreter Seitz bemerkt hierzu, daß wohl das Solidaritätsgefühl der Kollegen zu loben sei, dennoch aber sollen bei allen Aktionen erst die tariflichen Instanzen angerufen und diese zur möglichst umgehenden Entscheidung veranlaßt werden; versagen diese, dann sei die Zustimmung des Gau- und Zentralvorstandes zu einem eventuellen Vorgehen einzuholen. Im Falle Erlangen sei allerdings das Personal durch die Kündigung des beschwerdeführenden Kollegen provoziert worden, aber es hätte wohl auch in diesem Falle eine vorherige Verständigung mit den Verbandsbehörden keinen Schaden gebracht. Da wo friebliche Wege zur Schlichtung von Differenzen geboten seien, sollen diese auch betreten werden.

Als tariflich besonders rückständig wurden die Verhältnisse in Lautingen und Neuburg a. D. (einer Domäne des Untertugendbundes) benannt.

Die Firma Attenhofer in Straubing vereinbarte mit einem Maschinenleger die Abschließung eines Vertrages auf fünf Jahre. Dieses Vorgehen muß von der Gehilfenschaft energisch bekämpft werden, weil darin die Pflicht des Arbeitgeberverbandes zu erkennen ist, den Organisationsvertrag, durch solche Verträge zu gegebenen Zeit außer Wirksamkeit zu setzen.

Der Vorsitzende verliest sodann ein Zirkular des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe nebst Statutenentwurf, um über dessen Zweck und Ziele Aufklärung weiteren Mitgliederkreisen zu verschaffen.

Punkt 5 der Tagesordnung lautete: „Die Tarifdurchführung in Bayern mit besonderer Berücksichtigung der Feiertagsfrage.“ Der Vorsitzende des Gaus und Gehilfenvertreter Seitz führte u. a. aus: Bei Behandlung des Punktes 4 der Tagesordnung wurde verschiedentlich moniert, daß Firmen im Tarifverzeichnis stehen, die wohl Lehrlinge, aber keinen Gehilfen beschäftigen. Hier hat die Tarifbehörde ein wachsam Auge. Mit einem Schläge lassen sich längst bestehende Mißstände nicht beseitigen. Wo es aber zu Ueberschreitungen kommt, wird mit aller Strenge vorgegangen. Ganz besonders ist den Lehrlingsbruttkräften entgegengetreten worden; unlegbar ist, daß im Lehrlingswesen unmerkbar eine Besserung gegen früher eingetreten ist, wo es noch fehle, solle durch Inanspruchnahme der gesetzlichen Bestimmungen sowie durch Förderung der Gehilfenprüfungen usw. für Verbesserung gewirkt werden. Außerdem gebe auch der Organisationsvertrag der Gehilfenschaft wieder in betreff der Lehrlings Einstellung ganz bestimmte Rechte. Man dürfe aber nicht vergessen, die Tarifseinführung komme in den seltensten Fällen von selbst, der Tarifbewegung muß stets die Organisation die Wege ebnen. Der Kreis V ist in bezug auf Tarifdurchführung zu den besten zu zählen. Der Tarif hat langsam und zielbewußt immer mehr an Terrain gewonnen und wird heute auf die Verhältnisse in den kleinsten Orten günstig ein. Selbst in entlegenen Orten unsers Gaus tritt eine längere Arbeitszeit nicht mehr hervor. Der Kreis V ist einer der ersten gewesen, der die Ausnahmestimmungen teilweise nur begrenzt zugelassen hat und Verbesserungen mit einzuschleichen sucht. Mit vierteljährlichen Reduzierungen der Arbeitszeit muß oft in den kleinen Druckereien der Provinz vorgegangen werden, um nach und nach die tarifliche Arbeitszeit zu erreichen. Mit dieser Taktik wurden gute Resultate erzielt. Der Referent teilte noch mit, daß außer den im Rechenschaftsberichte zu Worte gekommenen 36 Mitgliedschaften noch aus 65 Orten des Gaus die Resultate der Tarifseinführung bekannt wurden. Außer da und dort noch zu besetzenden kleinen Umebenheiten sei der Tarif überall glatt zur Einführung gelangt. Die Prinzipale Overtentens machen der Einführung von Totalzuschlägen, die nach dem Beschlusse des Kreisamtes am 1. Januar 1909 Geltung haben, Schwierigkeiten. Es steht jedoch zu erwarten, daß zur gegebenen Zeit ruhiger Erwägungen dem ersten Ansturme Platz machen. Wo nicht, wird sich die Gehilfenschaft gewappnet zeigen.

Zur Feiertagsfrage übergehend, streifte Redner die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen. Eine Regelung

nach dem Schema der vollständigen Einbringung ist teilweise in Wshaffenburg vorgekommen. Aber auch anderwärts zeigt sich in Prinzipalschriften das Bestreben, die Feiertagsfrage ins Rollen zu bringen und für sich günstiger zu gestalten. Die Münchener Gehilfenschaft nimmt den Standpunkt ein, daß nur im Hinblick auf die Feiertage München trotz der bekannten Steuerungsverhältnisse mit seinem Votalszuschlag den anderen Großstädten nachsteht, event. müßte also bei Abschaffung der Feiertage sofort der Votalszuschlag erhöht werden. Aber damit sei der Gehilfenschaft auch nicht viel gebietet. Für die Gehilfenschaft bedeute die event. Abschaffung der Feiertage eine ganz beträchtliche Arbeitszeitverlängerung; diese ruhig hinzunehmen oder eine Regelung, die nicht mindestens auf dem Münchener Abkommen fußt, sollte nicht so mir nichts dir nichts geschehen. Unter allen Umständen müsse der Standpunkt der Gehilfenschaft gewahrt werden, daß eine Veränderung in der Feiertagsfrage dem Mitbestimmungsrechte der Gehilfenschaft unterliegt. Von besonderen Beschüssen könne aber wohl Abstand genommen werden. Die einzelnen Orte sollten, soweit als dies möglich, Verbesserungen in dieser Frage erwirken. Für die Allgemeinheit aber Beschlüsse zu fassen, sei erst dann die Grundlage gegeben, wenn die Bestrebungen auf die Abschaffung der Feiertage greifbarere Gestalt angenommen hätten.

In der Diskussion wurden die mannigfachen Begleiterscheinungen erwähnt, die bei der diesmaligen Tarifbewegung hervortraten. So wurden beispielsweise vereinigt die Maschinenfeger als außerhalb der 3 Mt.-Grenze stehend bezeichnet und ihnen die wöchentlich um eine halbe Stunde verkürzte Arbeitszeit durch Beschluß des Tarifamtes mit Erfolg streitig gemacht. Auch der prozentuale Zuschlag für breitlaufende Schriften wurde viel umstritten, und ist in dieser Frage wohl nach einem andern Mobus der Feststellung zu suchen. Ferner führe das Verhältnis der Buchdrucker zu den Hilfsarbeitern bei dieser Organisation immer mehr zu Mißbeurteilungen. Mancherorts haben auch die Gehilfen den Verlust der bisher usuellen Viertelsfeiertage zu beklagen und selbst Urlaubsentziehung wurde angedroht.

Demgegenüber wurde aber auch gesagt, daß eine so durchgreifende Tarifrevision nicht ohne Mißverständnisse vor sich gehen und sich auch nicht ohne kleine Pläneleien vollziehen könne. Bestehende Vergünstigungen zu nehmen, verbiete der Tarifvertrag, und verschiedene Versuche einzelner Prinzipale, Durchführungen vorzunehmen, unterlägen doch der Beurteilung der Tarifinstanzen und dem Willen einer geeinten Gehilfenschaft. Folgende Resolution, die gegen vier Stimmen angenommen wurde, drückt die Meinung des Gautages aus: „Der an Ostern in München tagende bayerische Goutag erklärt sich mit dem. tätigen Maßnahmen des Zentralvorstandes und der Gehilfenvertreter bei der letzten Tarifrevision vollständig einverstanden. Er spricht denselben sein vollstes Vertrauen aus und ersucht, auch fernerhin nach dieser bewährten Taktik zu handeln.“

Zur Tarifdurchführung in Bayern gibt der Goutag mit Einstimmigkeit dem Gauvorstande folgende Direktiven: „Die ganze und volle Tarifdurchführung und immer weitere Ausbreitung geordneter Verhältnisse im Gau muß auch fernerhin das Ziel für den Gauvorstand sein. Diesen Ziele näher zu kommen, bildet die unablässige Agitation für die Organisation, die Gewinnung neuer Mitglieder, die Verbreitung des Verbandes auch in den kleinsten Orten die notwendige Vorbedingung. Der Goutag beauftragt demgemäß den Gauvorstand, fortgesetzt diesen Punkten sein Augenmerk zuzuwenden und alle hierzu notwendigen Schritte zu unternehmen.“

Im weiteren nahm der Goutag Stellung zu dem angeklagten Antigerichtsgesetze und resolutionierte nach Begründung durch Kollegen Fiedler-München wie folgt: „Nachdem die Möglichkeit in greifbare Nähe gerückt ist, daß das Gesetz betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine den Gewerkschaften als Weichnachtsgeschenk beschert wird, dürfte auch der Verband der Deutschen Buchdrucker die Frage zu prüfen haben, ob seine Taktik sowohl in gewerkschaftlicher als auch in tariflicher Beziehung zu ändern oder dem Gesetze anzupassen sei. Für diesen Fall ermächtigt der Goutag den Gauvorstand, provisorisch bis zum nächsten ordentlichen Goutage die Taktik des Gauces Bayern der des Verbandes anzugleichen.“

Unter Punkt 6 der Tagesordnung: „Veränderungen des Gaucelements“, waren die Anträge auf Wiedereinführung des Gauzuschusses eingereicht. Erlangen, Fürth und Nürnberg beantragen lediglich einen Zuschuß an Konditionslose, während Würzburg dem Unterstützungsmesse überhaupt näher getreten wissen will. Nach kurzen Widersprüche einiger Delegierte beschloß die Versammlung, daß Gauverwalter Bötzsch seine rednerischen Grundlagen voraussetzt. Kollege Bötzsch entledigte sich dieser Aufgabe und bemerkte im vorhinem, daß er in seinem Referate auch den Punkt 7 der Tagesordnung: „Regelung der Verwaltungsverhältnisse“, mit streifen müsse, um die Wirkung für die Kasse auch nach dieser Richtung hin zu demonstrieren. Kollege Bötzsch führte dann aus, daß er seine Berechnungen auf das Ergebnis in jedem einzelnen Falle, der bei den vorliegenden Anträgen in Betracht zu ziehen war, geprüft habe.

Bei Annahme des Absatzes 2 des Gauvorstandsantrages — unter Ablehnung jeden Gauzuschusses — sei mit 5 Pf. Beitrag auszukommen. Bei ebenfalls ablehnendem Verhalten den Zuschüssen gegenüber, jedoch bei Vornahme der Trennung der Verwaltungen zwischen München und dem Gau und Abgabe der Verwaltungsprozentage dergestalt, daß Orte mit unter 50 Mitgliedern 2 Proz., solche mit über 50 bis 500 Mitgliedern 2½ Proz., und Orte mit

über 500 Mitgliedern die vollen 3 Proz. aus den Einnahmen zur Verbandskasse erhalten, sind 6 Pf. nötig; in diesem Falle würde also der Gaubeitrag 10 Pf. betragen müssen. Der Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung von täglich 50 Pf. erfordert mit der dann unbedingt notwendig werdenden Trennung der Geschäfte einen Gaubeitrag von 13 Pf., d. i. 15 Pf. pro Woche. Nehme man an, daß der Antrag Würzburg auch den Krankenzuschuß mit einbeziehe, so reichen bei einem Unterstützungsanlage von 50 Pf. an Arbeitslose und Kranke 25 Pf. Gaubeitrag nicht aus, es wären 26 Pf. erforderlich, was einem Gaubeitrag von wöchentlich 30 Pf. gleichkommen würde. Redner führt als seine persönliche Meinung an, daß es hemmend auf die Agitation wirken müsse, wenn wir einen Gesamtbeitrag von 1,40 Mt. erheben. Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen seien an die Verbandsgeneralversammlung zu richten.

Kollege Ghm-Erlangen war überzeugt, daß mit dem Gespenste der Beitragserhöhung die Sympathien für einen Gauzuschuß verschwinden würden. Die durch die Regelung der Verwaltungsverhältnisse voraussichtlich erwachsenden Mehrkosten scheidet bei Beratung dieser Frage vollständig aus. Auch von einem Krankenzuschusse könne nicht die Rede sein. Nach seiner Berechnung erfordere der Zuschuß an Konditionslose eine Beitragserhöhung um 5 Pf. Ein etwaiges Manko sei die Gaukasse zu decken in der Lage. Eine Resolution des Kollegen Kolb-München wird mit zur Debatte gestellt. Dieselbe lautet: „In Anbetracht der heutigen Lebenslage aller Buchdruckergehilfen erklärt sich der bayerische Goutag für eine erhöhte Verbandsarbeitslosenunterstützung. Wenn der neue Tarif, welcher eine Erhöhung der Grundposition und des Minimums brachte, im allgemeinen friedlich und verhältnismäßig ohne Opfer zur Einführung gelangte, so ist es nicht allein ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch der gewerkschaftlichen Klugheit, den konditionslosen Mitgliedern eine Erhöhung der Unterstützung zukommen zu lassen. Der Goutag gibt sich der Erwartung hin, daß die nächste Verbandsgeneralversammlung dieser notwendigen Maßnahme ihre Zustimmung nicht versagen wird.“

Kollege Hemmerich-Würzburg erklärt den Würzburger Antrag so, daß er den kleinen Mitgliedschaften an Krankenzuschuß zuzulassen will, was diese an Arbeitslosenzuschuß nicht bedürfen. Kollege Schäffer-München präzisiert den Standpunkt der Münchener Delegierten, die sich noch nie den Forderungen nach Zuschüssen entgegenstellen hätten. Die Orte mit eignen Unterstützungsanstaltungen würden eben ihre Unterstützungssätze nach denen des Gauces regulieren.

Eine ganze Anzahl Delegierter nimmt nach Stellung zu diesen Fragen, teils auch die Notwendigkeit auf Einführung eines Krankenzuschusses betonen. Alle aber sind sich darin einig, daß die einheitliche Regelung der Unterstützungen Aufgabe des Verbandes ist. Dies kommt durch einstimmige Annahme der Resolution Kolb zum Ausdruck.

Als Resultat der Behandlung dieses Punktes geht der Antrag Germer-München hervor: „1. Der Gaubeitrag ist vom 1. Juli ab von 5 auf 15 Pf. zu erhöhen. 2. Der Gau leistet vom 1. Oktober ab an Arbeitslose des Gauces, welche mindestens 26 Wochen in die Gaukasse gesteuert haben, einen Zuschuß von täglich 50 Pf. bis zur Dauer der Beendigung der Verbandsunterstützung. 3. Die Gegenseitigkeit mit anderen Gauen ist sofort in die Wege zu leiten.“ Der Antrag gelangt in getrennter Abstimmung über alle drei Punkte zur einstimmigen Annahme. Die näheren Ausführungsbestimmungen werden dem Gauvorstande überlassen.

Der Antrag Hof: „Es möge der Goutag dazu Stellung nehmen, ob es nicht zweckmäßig sei, daß der Gau Bayern in Bezirke eingeteilt wird, damit eine bessere Agitation entfaltet werden kann und mehr Interesse an Verbandswesen gewonnen wird, da die Agitationskommissionen ihren Zweck nicht erfüllen“, findet in dem Kollegen Kolb-München einen warmen Beiführer, wird aber im übrigen von allen Rednern als nicht zweckdienlich bezeichnet und schließlich vom Kollegen Bechtel-Hof zurückgezogen.

Zu Punkt 7: „Regelung der Verwaltungsverhältnisse“, lag folgender Antrag des Gauvorstandes vor: „Der Goutag möge sich prinzipiell für Trennung der Geschäfte des Gauces und der Mitgliedschaft München aussprechen. Dies würde bedingen, daß der Gau drei Beamte, die Mitgliedschaft zwei Beamte anzustellen hätte. Als Uebergangsstadium empfiehlt der Gauvorstand, daß der Gau und die Mitgliedschaft je ihren besondern Vorstehenden wählen und selbständig besolden; die weiteren Verwaltungskosten: die Besoldung des Kassierers und des Hilfsbeamten, die Bureaukosten usw. sollen wie bisher gemeinschaftlich (drei Fünftel Gau, zwei Fünftel Ort) getragen werden. Die Trennung der Geschäfte müßte sofort eintreten, wenn die Anträge auf Einführung der Unterstützungszuschüsse zur Annahme gelangen.“ Ferner ein Antrag Nürnberg: „Der Goutag wolle die Anstellung eines besoldeten Verwalters für Nürnberg beschließen und sich schlußig werden über Anstellung besoldeter Funktionäre für Augsburg, München, Nürnberg und Würzburg.“ Ein dritter Antrag Würzburg bezweckt die Einaufsetzung der den Mitgliedschaften gezählten Verwaltungsprozentage von 2 auf 2½ Prozent der Einnahmen zur Verbandskasse.

Kollege Strauß begründete den Antrag des Gauvorstandes in eingehender Weise. Als man vor drei Jahren den Doppelposten des Kollegen Seitz als Gauvorsteher und Vorsteher der Mitgliedschaft München geschaffen, sei man sich wohl klar darüber gewesen, daß diese Vereinigung der beiden Ämter nur auf eine beschränkte Zahl

von Jahren möglich sei. Der Gau sowohl als auch die Mitgliedschaft München seien dabei gut gefahren und hätten geparkt. Aber nun sei der Zeitpunkt gekommen, wo es eben nicht mehr so weiter ginge, daß eine Person diese beiden Ämter versehen könne. Die Arbeiter des Gauces ebenso auch die Anforderungen, die die Mitgliedschaft München an ihren Vorsteher stellt, seien derartig gemacht, daß sich der Gauvorstand zu vorliegendem Antrage veranlaßt gesehen habe. Außerdem habe der Vorsteher in das letzte Jahre noch besonders schwierige und mühevollere Amt des Gehilfenvertreters versehen. Redner belegt seine Ausführungen noch mit einer Reihe von Ziffern über das Anwachsen des Gauces, der Mitgliedschaft, die Agitationsreisen usw.

Von den Nürnberg Delegierten wird der Antrag des Gauvorstandes begrüßt, zu gleicher Zeit aber werden auch die Schwierigkeiten geschildert, die der Mitgliedschaft Nürnberg dadurch erwachsen, daß es bei der großen Mitgliederzahl nicht mehr möglich sei, den Verwalterposten im Nebenamte zu erledigen. Die Anstellung eines eignen Beamten erfordere aber eine beträchtliche Beitragserhöhung. Mit der Erhöhung der Verwaltungsprozentage für den Mitgliedschaften aber wohl nicht so geholfen, wie es notwendig wäre.

Der Anfrage, ob es nicht möglich sei, noch einen Zuschuß aus Gaumitteln zu gewähren, tritt Kollege Bötzsch entgegen, indem er hervorhebt, daß dann auch die anderen großen Mitgliedschaften einen solchen verlangen würden. Der Zuschuß zu den Verwaltungskosten der einzelnen Mitgliedschaften könne gerechterweise nur in den Verwaltungsprozenten bestehen. Die von ihm beantragte Erhöhung involviere schon eine beträchtliche Mehrleistung aus Gaumitteln.

Kollege Hemmerich begründete den Würzburger Antrag, kann sich aber mit dem Vorschlage, daß die kleineren Mitgliedschaften weniger Prozente erhalten sollen, nicht einverstanden erklären. Im gleichen Sinne äußern sich noch mehrere Delegierte, denen aber von anderer Seite wieder die Berechtigung der Stala vorgeführt wird, da auch die größeren Mitgliedschaften dem Gau verhältnismäßig die wenigste Arbeit und Kosten machen.

Die Debatte führt schließlich zu der Abänderung der vom Gauverwalter vorgeschlagenen Stala dahingehend, daß allen Mitgliedschaften bis zu 500 Mitgliedern 2½ Proz., über 500 3 Proz. gewährt werden sollen. Dieser mobilisierbare Antrag wird dann mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Anträge Nürnberg und Würzburg werden zurückgezogen.

Dem Antrage des Gauvorstandes auf Trennung der Geschäfte tritt Kollege Eberle-München entgegen und meint, daß ohne diese die Geschäfte noch eine Reihe von Jahren erledigt werden könnten, wenn eine vierte Person in die Verwaltung komme. Auch dem Kollegen Seitz wäre es lieber gewesen, wenn die Geschäfte langsam auseinander gemachtem wären, aber nach Einführung des Gauzuschusses sei dies wohl nicht mehr möglich. Diese Frage sei vom Gauvorstande eingehend geprüft worden. Einige Delegierte empfehlen, den Versuch zu machen, im Gau mit zwei Beamten auszukommen, event. mit Einstellung zeitweiser Hilfskräfte. Dieser Vorschlag treten wieder andere Delegierte entgegen; es sei doch nicht angängig, einen Kollegen 14 Tage im Bureau zu beschäftigen und ihn dann wieder spazieren gehen zu lassen, bis man ihn wieder brauche, ebensowenig, sich jedesmal auf kurze Zeit wieder einen neuen angulernen. Uebrigens stelle auch die Zukunft eine Reihe noch zu erfüllender Aufgaben, und müsse man auch dem Gauvorstande das Vertrauen entgegenbringen, daß er diese Frage reiflich erwogen habe und zu beurteilen verstehe. Der Antrag des Gauvorstandes wird dann mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Vom Gauvorstande war auch das bisherige Regulativ zur Anstellung der Beamten des Gauces Bayern einer Abänderung unterzogen worden, da namentlich die in diesem enthaltenen Anfangsgehälter nicht mehr der Zeit entsprächen und daher von 1560 auf 1800 Mt. bzw. von 2100 auf 2400 Mt. heraufzusetzen seien. Nach der Begründung der Abänderungsvorschläge entpinnst sich eine rege Debatte, nach der schließlich das Regulativ in der vom Gauvorstande beantragten Fassung zur einstimmigen Annahme gelangt, ebenso der Vorschlag aus Delegiertentreifen, die Erhöhung des Anfangsgehältes auf die jetzigen Gehälter der Angestellten zu legen, und zwar ab 1. Januar d. J. Dem Gauverwalter wird bis zum nächsten Goutage eine jährliche Remuneration von 100 Mt. bewilligt.

Betreffs der vom Gauvorstande angeregten Diebstahlsversicherung, ebenso auch einer Unfallversicherung der Beamten, wie solche schon in anderen Gauen besteht, wird das weitere dem Gauvorstande überlassen. Ueber den Zeitpunkt der Trennung der Geschäfte ist man der Ansicht, daß man versuchen solle, die vollständige Trennung bis 1. Juli durchzuführen. Die Regelung der Bureaufrage wird dem Gauvorstande und der Mitgliedschaft München überlassen.

Als Gauvorsteher wird Kollege Seitz einstimmig wiedergewählt, ferner als Gauverwalter Kollege Bötzsch und als Hilfsbeamter Kollege Wagner. Dem Gauvorstande wird wieder, wie alljährlich, das ganze Vermögen des Gauces zur Unterstützungs- und Agitationszwecken zur Verfügung gestellt. Die Remuneration des Gauvorstandes wird in gleicher Höhe belassen. Die Diäten werden auf 11 Mt. für die auswärtigen und 8 Mt. für die Münchener Delegierten festgelegt. Als Ort für Abhaltung des nächsten Goutages wird wieder München bestimmt.

Von Seiten der Mitgliebschaften Augsburg und München wird noch zu den in diesem Jahre stattfindenden Jubelfeiern des vierzigjährigen Bestehens eingeladen. Begrüßungslegatime und Karten waren eingegangen von den Kollegen Geld und Ott-Megensburg, Deiz-Ansbach und Guterer-Frankfurt.

Nachdem noch dem Gauvorsteher für seine seit dem letzten Gantage entfaltete rege Tätigkeit der Dank ausgesprochen, gibt der Vorsitzende ein kurzes Resümee der Verhandlungen und Beschlüsse, den Wunsch auszusprechen, daß diese zum Wohle des Gaus sowohl als auch des Verbandes ausgefallen sein möchten. Er empfiehlt den Delegierten, die hier gewonnenen Anregungen und neuen Gesichtspunkte in ihren Kreisen nützlich zu verwenden, dann hätte der Gantag auch nach dieser Richtung hin einen agitatorischen Wert. Der Gantag wird so dann am Ostermontag um 5^{1/2} Uhr geschlossen.

Korrespondenzen.

Wschersleben. Die am 7. April in Vernburg tagende Frühjahrsbezirksversammlung des Bezirks Wschersleben hatte sich eines regen Besuches zu erfreuen. Vor Eintritt in die Verhandlungen wartete der Gesangverein Gutenbergs-Wschersleben mit einem Begrüßungsliede auf, welches beifällige Aufnahme fand. Betreten waren Wschersleben mit 50 (73), Wilsleben 3 (3), Vernburg 20 (28), Hestfeldt 3 (4), Staßfurt 16 (16) Mitgliedern. Außerdem war als Gast unser Gauvorsteher Gabriel anwesend. Bezahler referierte unter lebhaftem Beifalle über den neuen Tarif und die Aufgaben des Verbandes. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute in Vernburg tagende Bezirksversammlung des Bezirks Wschersleben erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Gabriel einverstanden, spricht aber zu gleicher Zeit unserm Gehilfenvertreter König für seine aufopfernden Arbeiten im Bezirke zwecks Einführung des Tarifes die vollste Anerkennung aus.“ Aus dem Situationsberichte ist zu entnehmen, daß noch vieles faul in unserm „Staate“ und noch ein großes Feld zur Herbeiführung tariflicher Verhältnisse zu beackern ist. Mit Recht verwies der Vorsitzende Hilm darauf, unsre ganze Kraft darauf zu konzentrieren, wo der Hebel zur Besserung eingesetzt werden muß, und daß die weiteren Erfolge von der Ge- und Entschlossenheit unsers Handelns abhängig seien. Der Mitgliebsverband betrug im Bezirk am Anfang vorigen Jahres 85, dieses Jahr 122, wozu eine Zunahme von 37. Als ein erfreuliches Zeichen agitatorischen Wirkens ist die Tatsache zu verzeichnen, daß Wschersleben die Orte Halberstadt, Osterwed und Luedlinburg (dem früheren Bezirke Halberstadt zugehörig) an Mitgliederzahl überflügelt hat. Hoffen wir, daß es uns gelingen möge, auch in den Orten des neuen Bezirkes bessere Resultate in tariflicher und organisatorischer Beziehung zu erzielen. Mit einem Hinweis auf den nächsten Gantag, der in Wschersleben stattfindet und wofür Kollege Döblin referieren wird, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der Abend vereinigte sodann die Kollegenchaft zu einer Nachfeier in den Räumen des „Viktoriapark“.

Ossen (Ruhr). Maschinenmeisterverein. Gemäß Beschluß der letzten Monatsversammlung beginnt am 21. April bei Berle der Aufschnitturnus. Der Saal bietet Raum und Licht genug für eine größere Teilnehmerzahl. Die Unterrichtsstunden sind für jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr, festgesetzt, als Lehrer fungiert Kollege Kimm. Es liegt nun an den Mitgliedern, diese Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu bereichern, wahrzunehmen. Später soll ein Farbenmischkurs folgen.

Söbst a. M. Am 8. April fand im „Löwen“ die Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Die Mitglieder waren vollzählig erschienen. Dem Kassierer wurde nach Prüfung der Rechnung durch die neu-gewählten Revisoren Decharge erteilt. Unser Delegierter Denkieser erstattete Bericht über den Oskern in Frankfurt a. M. abgehaltenen Gantag. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der Ortsverein dem Ausschusse für Volksvorlesungen als Mitglied beigetreten ist.

Sulim. Unsere letzte Monatsversammlung hatte sich unter anderem auch mit der Nachricht betreffs Konditionsloser in unserm Gewerbe zu beschäftigen. Die Notiz war auch im hiesigen „Wochenblatt“ erschienen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, bei der Redaktion genannten Blattes eine Nichtigstellung anzuregen. Selbige erfolgte auch anstandslos. Von Seiten der Stiftungsfestkommission wurde mitgeteilt, daß eine ganze Anzahl auswärtiger Kollegen zu unserm achten Stiftungsfeste erscheinen werden. Mit Einladungen übergangene Kollegen sind am 20. April in „Stadt Hamburg“ herzlich willkommen. Leider läßt der Versammlungsbesuch in letzter Zeit wieder nach. Hoffentlich werden die Kollegen recht bald in sich gehen und wie früher an den Versammlungen teilnehmen.

Söstin. Wenn wir heute unser Verbandsorgan in Anspruch nehmen, so geschieht dies, um den Lesern recht traurige Verhältnisse zu schildern. Konnten wir auch nach der Tarifrevision berichten, daß der neue Tarif überall (außer der „Fürstentümer Zeitung“, wo ein zweifelhafte Streit stattfand) glatt zur Einführung gelangte, so müssen wir doch jetzt leider feststellen, daß ein Rückschlag eingetreten ist. In der „Fürstentümer Zeitung“, wo für uns schon seit langer Zeit die denkbar schlechtesten Verhältnisse herrschen, ist jetzt die Krisis eingetreten. Vier unserer Kollegen sind dort gekündigt worden, als Grund wurde Arbeitsmangel angegeben. Da wäre nun ja eigentlich nichts bei, denn wenn wirklich Arbeitsmangel vorhanden ist, müssen Kräfte entlassen

werden. Aber wie die Sache gehandhabt ist, das ist der Kasus. Die betreffenden Geher waren seit der Gründung der „Fürstentümer Zeitung“ dort beschäftigt und die ältesten verheirateten Kollegen, die sich nachweislich nichts hatten zuzuden kommen lassen! Von der Geschäftsleitung wurde nun gesagt, das Los hätte entschieden und wäre auf diese beiden Gehilfen gefallen. Natürlich ist die Losgeschichte erfundene Sache, und überdies ist ja auch nicht im Weisen des Personals gelöst worden. Wollte die Geschäftsleitung aber korrekt vorgehen, so wären die jüngsten und letzteingetretenen Geher entlassen worden. Da dies jedoch meistens Gutenbergbündler sind (nebenbei bemerkt, gehört der Faktor auch der Marke G.-B. an!), mußte das „Los“ dazu herhalten, welches denn auch glücklich die ältesten Verbändler herauszuweisen gemußt hatte. Die Sache gewinnt aber noch an Bedeutung dadurch, daß jene zwei Mitglieder der Kommission angehört, welche seinerzeit wegen Einführung des Tarifes vorklagte wurde. Aus diesem Grunde nahm unser Ortsverein hiergegen Stellung und wurde einstimmig beschlossen, daß sich die Mitglieder der betreffenden Dudererei in den Gefinbigen solidarisch zu erklären hätten. Der Geschäftsleitung wurde nun klar gemacht, daß die Verbandsgehilfen nicht mit einer solchen ungetreuten Kündigung einverstanden wären, und daß, wenn schon das Los entschieden solle und nicht so, wie es allgemein gebräuchlich sei, die zuletzt eingetretenen jüngsten Gehilfen entlassen werden, die Lösung im Weisen des Personals gesehen möchte. Diese Forderung wurde strikte abgelehnt! Eine Kündigung unserer Mitglieder wurde aber auf vorherige Anfrage beim Gauvorstande nicht gebilligt, und so reichten wir dann die Klage beim Tarifgerichtsgericht ein. Daß von der „Fürstentümer Zeitung“ jetzt Geher und Maschinenmeister gesucht wurden, konnte unserer Klage auf Maßregelung nur noch dienlicher sein. So sahen wir denn dem Urteilspruch mit bester Hoffnung entgegen. Leider mußten wir aber erfahren, daß sich das Schiedsgericht unerschütterlicher Weise nicht auf unsern Standpunkt stellte. Aber auch das Zusammenhalten der Verbandsmitglieder ist durch das Verfahren der Geschäftsleitung von früher und jetzt sehr lose geworden und nicht immer lobenswert, so namentlich in bezug auf das Verhalten zu den Gutenbergbündern. Den Anordnungen des Bezirksvorstandes setzt man andauernd Widerstand entgegen. So war wiederholt bedeutet worden, Ueberstunden unter solchen Umständen zu verweigern. Trotz dieses Verbotes sind aber fast täglich vom gesamten Personale Ueberstunden gemacht worden. In der letzten Ortsvereinsversammlung besaßte man sich nun mit dieser Frage und einstimmig ging der Antrag durch, falls wieder Ueberstunden geleistet werden, sei der Ausschluß der betreffenden Mitglieder zu beantragen. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, die Streichung der Firma „Fürstentümer Zeitung“, A.-G., aus dem Tarifverzeichnis zu beantragen. Die Unzufriedenheit mit dem Schiedsgericht im Kreise IX a ist bei uns eine allgemeine. Da wissen wir nun, daß das Recht auf unserer Seite ist, und können doch nichts dazu tun, diesem Rechte Geltung zu verschaffen, müssen vielmehr mit ansehen, wie ein Verbandsmitglied nach dem andern abgeht. Zu dieser Sorge ist nun noch eine neue gekommen. Die erst kürzlich den Tarif anerkannt habende Firma C. G. Sendeß hat sich des Tarifbruches schuldig gemacht, und zwar an unserm einzigen unter lauter Bündern dort stehenden Mitgliede. Die zu hohe Lehrlingszahl (7 Lehrlinge bei 14 Gehilfen) spricht ebenfalls herod von der Tariftreue obiger Firma. Auch in dieser Angelegenheit wurde einstimmig beschlossen, die Streichung der Firma aus dem Tarifverzeichnis zu beantragen. — Ein nettes Stüchgen leisteten sich die hiesigen Gutenbergbünder. Es kam nämlich der hiesige Bundespräsident, im wahren Sinne des Wortes die „Reuchte“ der hiesigen Bundesbrüdergenossenschaft, zu einem konditionslosen Verbändler, versprach ihm eine Stelle hier am Orte und machte ihn auf den Beschluß der Bundesgeneralversammlung aufmerksam, wonach Verbändler, die in den Bund übertreten, dieselben Rechte genießen, die sie im Verbands befehen haben. Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß man mit einer solchen Schnorrerei bei unseren konditionslosen Kollegen auf dem Holzwege ist.

Mainz. (Typographische Vereinigung.) Das alte Jahr (das erste des Bestehens der Vereinigung) liegt hinter uns. Es kann als ein fruchtbares bezeichnet werden. Voller Mühe und Arbeit sah es die junge Vereinigung kräftig emporblühen, so daß ein ziemlich starker Verein die Pfade des neuen Jahres betrat. Der erste technische Abend fand am 15. Januar statt. Es wurden die Neujahrskarteneingänge besprochen. Der zweite technische Abend am 29. Februar beschäftigte sich mit der Besprechung der Neuheiten von Schriftgießereien und Farbenfabriken. U. a. machte der Vorsitzende bekannt, daß bei dem Preisauschreiben der „Buchdruckerwoche“ auch diesmal wieder zwei Mitglieder der Vereinigung prämiert worden seien. Es sind dies die Kollegen Wilh. Jense und Max Müller. Es wurde ferner beschlossen, durch Ausschreiben den Entwurf einer neuen Mitgliedskarte zu erstreben. — In der Generalversammlung am 28. März wurde der Vorstand neu resp. wiedergewählt. Sämtliche Sendungen sind an den Vorsitzenden Wilhelm Jense, Mainz, Frauenlobstraße 51, zu richten.

Mannheim. Mittelrheinische Maschinenfabrikvereinigung. Die am ersten Osterfeiertage in Kaiserslautern abgehaltene vierte Ordentliche Generalversammlung der Mittelrheinischen Maschinenfabrikvereinigung war sehr zahlreich besucht. Erschienen waren Delegierte aus Darmstadt, Heidelberg, Kaiserslautern, Mainz, Mannheim, Neustadt a. S., St. Johann, Trier, Wiesbaden und

Worms. Der Vorsitzende eröffnete, nachdem durch die Geschäftsabteilung des Bezirksvereins Kaiserslautern zwei Höre in guter Präzision zur Begrüßung zum Vortrage gebracht waren, gegen 11 Uhr die Versammlung, indem er den Sängern dankte, die erschienenen Gäste und Delegierte, insbesondere den Gauvorsteher Fußß und den Vorsitzenden des Bezirksvereins Kaiserslautern, herzlich willkommen hieß und den Verhandlungen einen guten Verlauf wünschte. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes, welcher gedruckt vorlag, kam man zu einer Aussprache über die Tarifeinführung. Hierbei entspann sich eine mehrstündige, sehr lebhaftete Debatte, und konnte man konstatieren, daß der Tarif innerhalb des Gaus Mittelrhein mit wenigen Ausnahmen glatt zur Annahme gelangte. Viel böses Blut machten auch hier die in dem neuen Tarife enthaltenen Bestimmungen betreffend die halbstündige Puzzeit an der Sehmachdine, und wurde von sämtlichen Rebern konstatiert, daß es ein Unbndig sei, in dieser kurzen Zeit die Maschine so instand zu setzen und zu halten, daß deren Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt würde. Auch wurde es als im Widerspruch mit den Verbandsprinzipien erachtet, daß es der Prinzipalität anheimgegeben wurde, nach Gutdünken die Puzzeit außerhalb der Arbeitszeit zu verlegen und als regelmäßige Ueberstunden machen zu lassen. Auch die durch Tarifamtsentscheid den Maschinenfabrikern genommene halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit am Zahltag erregte viel böses Blut, um so mehr, als in den meisten Geschäften diese Verkürzung anstandslos bewilligt wurde und zum Teile auch heute noch besteht. Es wurde angeregt, an die Prinzipalität heranzutreten, um diese Vergünstigung wieder zu erlangen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung beauftragt unsere Zentralkommission, wegen der verschiedenen Entscheide des Tarifamtes betreffs Arbeitszeitverkürzung und Pause mit dem Tarifante Verhandlungen anzubahnen, um endlich Klarheit in die Sache zu bringen.“ Nach Erledigung dieses Punktes wurden gegen 2 Uhr die Verhandlungen abgebrochen und ein gemeinschaftliches Mittagessen eingenommen. Während des Mahles verlas der Vorsitzende zwei aus Trier und Zweibrücken eingegangene Begrüßungslegatime, wofür den Kollegen auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei. Nach Wiedereröffnung um 3 Uhr kam folgender Antrag Darmstadt zur Debatte: „Die Delegationskosten der Teilnehmer an der Generalversammlung werden von der Kasse der Mannheimer Maschinenfabrikvereinigung getragen. Als Fahrtschädigung wird dritte Klasse gezahlt. Die Diäten werden jeweils auf der Generalversammlung festgesetzt.“ Derselbe wurde nach längerer Debatte mit einem Zusatzantrage Mannheim, den Beitrag für die Gantage pro Mitglied und Monat um 3 Pf. zu erhöhen, angenommen. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Darmstadt bestimmt. Gegen 6 Uhr schloß der Vorsitzende die sehr ärgend verläufige Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. — Die Kaiserslauterer Kollegen ließen es sich nicht nehmen, in dem herrlich decorierten Vereinsloale den auswärtigen Gästen durch Gesangs- und komische Vorträge, Soli usw. die wenigen Stunden bis zur Abfahrt aufs angenehme zu gestalten und sagen wir ihnen hierfür auch an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Münberg. In der Versammlung am 6. April wurde nach Erledigung einiger Aufnahmen und der Vereinsmitteilungen Bericht über den zu Ostern in München stattgefundenen Gantag gegeben. In einstündigem Referate entlegte sich Kollege Barbara dieser Aufgabe in ausführlichster Weise, und wurden die Arbeiten und Beschlüsse des Gantages ohne Debatte gutgeheißen. Für die Abhaltung des diesjährigen Johannsfestes kamen zwei Einladungen in Betracht. Der von Augsburg er-gangene konnte nicht Folge geleistet werden, da unsere Typographie, welche bei diesen Anlässen immer den Hauptteil der Besucher stellt, für Pfingsten eine Sängerschaft nach München beschloffen hat und daher ihren Mitgliedern keine weiteren Opfer auferlegen kann. Dagegen wurde den Weissenburger Kollegen zugesagt, ihre Gastfreundschaft in Anspruch zu nehmen und mit ihnen das Johannsfest am 23. Juni zu feiern. Die Kollegen der Nachbarorte seien darauf aufmerksam gemacht. Auf die Belanntmachungen des Tarifamtes, Beschlussesstellung und Vertrauensmännern betreffend, wurde besonders verwiesen und hierauf den ausgesperrten Schneidern 100 Mk. bewilligt. Die Regelung einiger lokaler Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

Schwabach. Der Korrespondenz in Nr. 42 ist nachzutragen, daß in der Versammlung am 25. März die Wiedergründung der nach zweijährigem Bestehen vor fünf Jahren aufgelösten Mitgliedschaft Schwabach vollzogen wurde.

Rundschau.

Vertrauensmänner aller Orte! Das Tarifamt teilt uns mit, daß inzwischen der Fragebogen für die von uns mehrfach erwähnte Statistik erfolgt ist. Aus einer sehr großen Anzahl von Orten fehlen aber noch die Abwesen von Vertrauensmännern, die sich der Bearbeitung der Fragebogen an Orte unterziehen sollten; wir bitten, das Fehlende nachzuholen. Diejenigen Vereinsfunktionäre und Vertrauensmänner, die bis zum 18. April nicht im Besitze der Fragebogen sind, wollen solche schleunigst beim Tarifante, Berlin SW 48, Friedrichstr. 239, reklamieren.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 45.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 18. April 1907.

Anzeigenkosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;
Veranstaltungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

45. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Als eine geeignete Grundlage zur Förderung des Gewerbes hat die Handelskammer in Plauen i. V. dem sächsischen Ministerium die Tarifgemeinschaft bezeichnet. Bedingungslos ist diese Anerkennung jedoch nicht, weil auch von einer Reihe von Nachteilen die Rede ist, die jedoch von dem Vorteile bedeutend überwiegen würde. Was unter der Reihe von Nachteilen zu verstehen ist, das Geheimnis der Plauenschen Handelskammer, denn sie führt nicht ein Moment für diese Wahrnehmung an.

Das Stadtverordnetenkollegium in Reichenbach i. V. hat beschloffen, städtische Druckerarbeiten nur an solche Druckerereien zu vergeben, die den deutschen Buchdrucker-tarif anerkannt haben. Was werden nun Haun & Sohn machen?

Von der Vereinigung stenographiefundiger Buchdrucker (System Gabelsberger), welche durch Fern-rufe die Kenntnis und Weiterbildung in der Kurzschrift nach Gabelsberger bezweckt, wird uns mitgeteilt, daß den Vorsitzenden jetzt der Kollege Robert Rucks, Münster i. W., Zülfelderstraße 61, bekleidet, während Kollege Karl Breller in Nürnberg, Reichsstraße 5, als Kassierer fungiert. Die Vereinigung zählt schon in vielen Orten Deutschlands und auch in Oesterreich Mitglieder.

Den Dank organisationsfeindlicher Unter-nehmer verdient haben sich die Gewerbegerichts-vorsitzenden und -sekretäre im Rheinlande, die vor einiger Zeit in Düsseldorf tagten. Es handelte sich auf derselben hauptsächlich um die Frage, ob ein Arbeitgeber berechtigt sei, sofort einen Vertrag mit einem Arbeiter zu lösen, wenn dieser sich verpflichtet hatte, keiner gewerkschaftlichen Organisation beizutreten und er sich während des begonnenen Arbeitsverhältnisses trotzdem einer Organi-sation anschließt. Das Gewerbegericht Solingen hatte in einem solchen Falle sofortige Entlassung für berechtigt er-klärt. Gewerberat Dr. Czimatis (Solingen) hatte das Referat übernommen. Nach seinen Ausführungen kam die Konferenz zu der Ueberzeugung, daß das Urteil durch-aus guttunlich und von ganz richtigen Erwägungen an-gegangen sei. Der Arbeitgeber habe in diesen Fällen das Koalitionsrecht nicht durchbrochen und auch nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Einstimmig wurde das Urteil des Solinger Gerichtes für richtig anerkannt. Es ist unnötig, zu sagen, daß unser Standpunkt der ent-gegengesetzte ist. Der nachfolgend geschilderte Berliner Fall ist leider auch ein Beweis, wie weit es in gewerbe-gerichtlichen Kreisen mit den Anschauungen über die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gekommen ist. Dem muß aus den Gewerkschaften heraus mit größter Entschieden-heit entgegengetreten werden.

Die Notwendigkeit eines zivil- und strafrecht-lichen Schutzes des Koalitions-, Rechtes zeigt eklatant ein in der vergangenen Woche gefällter Entschied des Berliner Gewerbegerichtes, das damit binnen kurzem zum zweitenmale einen Aufsehen erregenden Fehl-spruch getan hat. Der Sachverhalt ist nach dem Berliner Vor-wärts folgender: Der Inhaber der bekannten Groß-meierei C. Wollte hatte im Oktober vorigen Jahres seine Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengerufen lassen. Es wurde ihnen eröffnet, daß sie binnen acht Tagen einen Revers unterschreiben sollten, der dahin lautet: „Ich ver-pflichte mich, dem Zentralverbande der Handels- und Transportarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands wäh-rend der Dauer meiner Beschäftigung bei der Meierei Wollte nicht anzugehören; auch verpflichte ich mich, alle Versammlungen und Zusammenkünfte dieses Verbandes nicht zu besuchen. Sandle ich dieser Verpflichtung zu-wider, so soll die Meierei Wollte berechtigt sein, mich jederzeit zu entlassen und von mir eine Konventional-strafe von 101 Mk. einzufordern. Für die Entrichtung dieser Summe bin ich auch mit der von mir gestellten Kaution haftbar.“ Von den vielen, die den Revers unterschrieben, standen am 9. April fünf vor dem Ge-werbegericht als Kläger gegen die Firma C. Wollte. Sie beanspruchten Herauszahlung ihrer Kaution in Höhe von 101 Mk. Bei dem einen Kläger war der Grund der Entlassung und der Einbehaltung der Kaution, daß er an einer vom Handels- und Transportarbeiterverbande einberufenen Versammlung teilgenommen hatte. Es handelte sich um einen Mann, der zwölf Jahre lang bei der Firma war. Das Gewerbegericht wies ihn mit seiner Klage ab! Die Kammer stellte sich in ihrer Mehrheit auf folgenden Standpunkt: Der vom Kläger unterzeichnete Vertrag sei ja als nicht schon zu bezeichnen, er habe aber abgeschlossen werden dürfen. Kläger hätte ihn ja auch nicht unterschreiben brauchen. Nachdem er es getan, sei die Abmachung bindend, denn als gegen die guten Sitten verstoßend könne der Vertrag nicht an-gesehen werden. Etwas anderes würde es sein, wenn C. Wollte das einzige Geschäft gleicher Art am Orte wäre und die hier anfassigen Untertzeihner die Möglichkeit ein-büßten, hier eine gleiche Stellung zu suchen und zu finden. Dann könnte allenfalls die Vorchrift über die Ungültig-

keit von Verträgen, welche gegen die guten Sitten ver-stoßen, in Betracht kommen. Das wäre aber nicht der Fall, denn es sei die Möglichkeit gegeben, in eine der vielen anderen hier bestehenden großen Meiereien oder in ein andres Widlaggeschäft einzutreten. In den anderen vier Fällen wurde Wollte zur Herauszahlung der Kaution verurteilt, weil der Nachweis nicht gelang, daß eine Zusammenkunft von Kollegen Arbeitern, an der sie teilnahmen, vom Handels- und Transportarbeiter-verbande einberufen worden sei. Diese vier Kläger haben also lediglich aus formalen Gründen ihre Kaution wieder zugeprochen erhalten, im Prinzip hat Wollte auch hier gesiegt. Wir möchten uns nicht der Mühe unterziehen, landauf landab die Wenigen aufzuküßern, die in dem Revers von Klingel-Wollte nicht einen Vertrag erblickten, der größtenteils gegen die guten Sitten verstößt und nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche für null und nichtig erklärt werden müßte. Wenn ein Gewerbegericht — man be-denke: ein Gewerbegericht! — sich auf den Standpunkt, wie vorstehend berichtet, stellen konnte, dann kann es wohl keinen schlagenderen Beweis geben, wie erbärmlich schlecht es mit dem Koalitionsrechte in Deutschland aus-sieht. Das Berliner Gewerbegericht sollte sich doch an dem Bremerhavener ein Beispiel nehmen, welches im Jahre 1903 in folgender korrekter Weise einen ähnlichen Fall erledigte: „Dieses durch die Verfassung jedem Staatsangehörigen gewährleistete Recht, einem erlaubten Vereine sich anzuschließen, ist ein staatsbürgerliches Recht, das nur den Grundrissen des öffentlichen Rechtes unter-liegt und dem Privatrechtsverkehre, der privatrechtlichen Vereinbarung, schlechterdings entzogen ist. Ein Verzicht auf dieses Recht ist deshalb mit allen Verabredungen von Rechtsnachteil, die etwa den Verzichtenden für den Fall der Nichtbeachtung seines Verzichtes treffen sollen, schlechthin nichtig, genau so nichtig, wie beispielsweise ein Verzicht des Staatsbürgers auf sein Wahlrecht. Die Folge hiervon ist, daß trotz eines solchen Verzichtes der Verzichtende gleichwohl berechtigt ist, Mitglied eines er-laubten Vereins, insbesondere eines erlaubten Jugend ver-einigungsbundes zu werden.“ Die Bestimmung in den zwischen der Parteien ge-schlossenen Verträgen, durch die sich die Kläger ver-pflichteten, einem Arbeiterverbande nicht anzugehören, ist mithin nichtig.“

Die Einführung des Achtstundentages für Grubenarbeiter einstimmig beschloffen wurde bei der zweiten Lesung des von dem Arbeitervertreter Walf in englischen Unterhause eingebrachten bezüglichen Ge-setzesentwurfes. Die Regierung hieß diese Bill im Prinzip gut. Das nennt man praktische Sozialpolitik, die in Deutschland so sehr fehlt, während die theoretische eine richtige „Wucherpflanze“ ist, wie (wohlwollend wie immer) sich unlängst über die deutsche Sozialpolitik die „Post“ ausließ.

Die belgische Bergnovelle hat nicht nur zum Juridiktur des Ministeriums geführt, sondern etwas ganz Ungewöhnliches ist eingetreten: Der belgische König hat — kurz vor der definitiven Erledigung — den seit Monaten debattierten Gesetzentwurf zurückgezogen. Da sich in Belgien wie in jedem andern parlamentarisch regierten Lande die Krone von Eingriffen in die parla-mentarischen Arbeiten fernhält, so wird dieser gegen den Achtstundentag gerichtete Schritt des Königs der Belgier schärfstens angegriffen und als Staatsverbrechen beurteilt.

Eine Erhöhung der Kohlenpreise ist am 1. April um durchschnittlich eine Mark pro Tonne eingetreten. Daß die Kohlenmagnaten die Schröpfung der Konsum-enten aus dem ff. verstehen, daß sie, wie nach dem großen Ruhrbergarbeiterstreik, sogar aus verlorenen Aktionen der Arbeiter die Notwendigkeit von Preisauf-schlägen herleiten, ist ja mahnlich bekannt. Und jetzt operiert man abermals mit der Behauptung, die Preis-erhöhungen würden durch die Lohnsteigerungen wieder absorbiert. So schrieb kürzlich die „Rheinische Zeitung“: „Mit den gegenwärtigen Verkaufspreisen sind die Mehr-kosten nicht mehr zu decken, und da die Erhöhung der Löhne zweifelsohne noch weiter gehen wird und jäm-liche Materialien in den Preisen bedeutend gestiegen sind, ist ein weiteres Ansehen der Selbstkosten die natürliche Folge. Aus diesem Grunde war es notwendig, ein aber-maliges Hinauffegen der Kohlenpreise vorzunehmen.“ Zu beweisen, wie es denn eigentlich mit der Parallele zwischen Lohnzunahme, Leistungssteigerung und Preis-erhöhung ausseht, fällt natürlich jenem Sprachrohre der rheinisch-westfälischen Kohlenbarone nicht ein. Wenn z. B. in Oberbergamtsbezirke Dortmund von dem einzelnen Bergarbeiter 295 Schichten, im Jahre 1906 aber 321 ver-fahren wurden, so wird das als eine Lohnerhöhung vor-gekauft, obwohl es nur die bezahlte Mehrarbeit von 26 Schichten ist. Und daß die Leistungssteigerung pro Schicht von 0,827 Tonnen in 1905 auf 0,846 im Jahre 1906 gestiegen ist — notabene, bei minimaler Berechnung —, daß ferner der Durchschnittswert für die Tonne Kohlen

von 1905 auf 1906 um mindestens 36 Pfennig stieg, be-hält man natürlich hübsch für sich, sagt auch nichts von der enormen Steigerung der Verklüßerhöfisse in den letzten Jahren. Es ist geradezu laßhaft, wenn auf der einen Seite die grüne, auf der andern die goldene Internatio-nale der deutschen Volkswirtschaft die richtigen Wege weisen wollen. Die Marschroute der Kohlenbarone ist einzig und allein auf amerikanischen Zustände gerichtet, wobei die deutschen Herrscher im Reiche der Kohle sich noch befehlen um mancherlei Verpflichtungen und Zu-geständnisse, an ihre Arbeiter herumdrehen, die bei den amerikanischen Krutzherrn als etwas Selbstverständliches angesehen werden.

Zur allgemeinen Schneideraus-sperrung ist zu melden, daß die nochmaligen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationsleitungen sich geschlagen haben. In 20 namhafteren Orten soll die Arbeit nicht aufgenommen sein. — In Darmstadt traten die Klempner und Installateure in den Streik. — Nach acht-tägiger Dauer endete der Ausstand der Leipziger Landschaftsgärtner mit Anerkennung der gestellten Forderungen. — Erfolglos beendet wurden ferner die Streiks der Schuhmacher in Stuttgart und Konstanz.

In Dänemark breitet sich einmal wieder eine große Ausstands-bewegung aus. Mit etwa 3000 Werft-arbeitern fing die Sache an, bei den Metallarbeitern erfolgt die Fortsetzung. Möglicherweise wird die Aus-sperrung sich auf 18000 Arbeiter erstrecken. — In Waku streiken 7000 Seeleute und Arbeiter.

Briefkasten.

Bonn: Ihre Anfrage ist unzulässig. — A. F.: 1. Nur das Eintrittsgeld wird erlassen bei Ausweis über bis-herige Mitgliedschaft in unserm Verbande. 2. Nur bis zur Landesgrenze. — D. in Gr.-Zimmern: Nein, die letzte Ausgabe stelle quittiert und stempelt. — R. E. in Berlin: 1,55 Mk. — Ch. D. in St.: Etwas ähnliches haben wir in der angegebenen Zeit nicht gefunden; wenn Sie keine näheren Angaben machen können, sind wir leider nicht imstande, Ihnen das Gewünschte zu besorgen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 26, Mariendorferstraße 13, I.
Fernsprachat VI, 11191.

Bekanntmachung.

Die Statistikkarten über die Arbeitslosigkeit innerhalb des Verbandes für I. Quartal 1907 haben folgende Mit-gliedschaften resp. Bezirke nicht eingefandt: Gau Bayern: Fürth, Hof, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kulmbach, Landsberg a. L., Straubing, Weiden; Gau Mittelrhein: Darmstadt, Neustadt a. H.; Obergau: Obernauhe; Gau Osterrlands-Erhilgen: Altenburg; Gau Mecklen-burg-Lübeck: Lübeck, Ludwigslust; Gau Oberyhein: Baden, Bruch; Gau Ostpreußen: Braunsberg, Inster-burg, Rastenburg; Gau Rheinland-Westfalen: Warden, Duisburg; Gau Westpreußen: Marienwerder.
Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Bezirk Halberstadt. Delegierte zum Gautage in Hagerleben: Kruse-Halberstadt, Rappe-Osterwieck, Gesselbarth-Bernigerode und Krüger-Halberstadt.

Koblenz. Die Kollegen werden um Angabe des Aufenthaltortes des Rotationsmaschinenmeisters Oskar Stiebig aus Dresden, zuletzt in Mex, an G. Dinkel-meier, Kornpoststraße 13, II, gebeten.

Magdeburg. Als Delegierte zum Gautage wurden gewählt: Brundert, Ebermann, Frahnert, Gelb, Herwig, Kühnast, Kunzemann, Pieschner, Reim-ert und Winter-Magdeburg; Geis-Neubadensleben; Gallert-Schönebeck; Herwig und Kleinstäuber-Stendal; Schulz-Langermünde.

Adressenveränderungen.

Danzig (Ost). Vertrauensmann: Gustav Jango, Ketterhagergasse 7, II.

Brenslau. Vorsitzender: Max Reichs, Brüderstr. 97; Kassierer: Paul Ullmer, Kießstraße 4.

Regensburg. (Bezirksmaschinenmeisterklub.) Vor-sitzender: Hans Feiner, Arnulfsplatz A 105-107, III; Kassierer: Ferd. Trost, Stahlgewerweg A 211/2, I.

Soran. Vorsitzender und Kassierer: Paul Reiner, Evangelisches Vereinshaus, III.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Wachen der Seher Arnold Corboz, geb. in Tour de Trème 1872, ausgel. in Nalla (Schweiz) 1892; war schon Mitglied. — Andr. Wilms, Adalbertstraße 55.

In Wuthen (D.-Schl.) der Seher Lorenz Dylla, geb. in Kasimir (Kr. Leobschütz) 1887, ausgel. in Wuthen (D.-Schl.) 1906; war noch nicht Mitglied. — In Ratto-

wig der Seher Emil Hoffmann, geb. in Langendorf 1880, ausgl. in Kattowitz 1907; war noch nicht Mitglied. — In Rybnitz der Seher Alexander Schopfer, geb. in Smolna 1869, ausgl. in Rybnitz 1888; war schon Mitglied. — Franz Hadrian in Beuthen (O.-Schl.), Bismarckstraße 1. In Halle a. S. 1. der Maschinenseher Max Kosch, geb. in Halle a. S. 1876, ausgl. das. 1894; 2. der Seher Paul Wanse, geb. in Halle a. S. 1888, ausgl. das. 1906; waren noch nicht Mitglieder; 3. Gustav Rasch, geb. in Magdeburg 1859, ausgl. das. 1878; war schon Mitglied. — Hermann Schrader, Zwingerstraße 10, II. In Kiel 1. der Seher Willy Greife, geb. in Langenberg-Wiedenbrück 1887, ausgl. in Felgte i. W. 1906; war noch nicht Mitglied; 2. Christian Wollag, geb. in Wessellburen i. Dithm. 1876, ausgl. das. 1894; war schon Mitglied. — C. König, Schauenburgerstraße 68, II. In Liegnitz der Seher Paul Kauf, geb. in Liegnitz 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — P. Jänisch, Friedrichstraße 30, III. In Mainz der Seher Bruno Sorge, geb. in Berlin 1884, ausgl. das. 1902; war schon Mitglied. — Geinr. Reeh II, Rheinalle 13. In Speier der Seher Heinrich Riede, geb. in Metz 1888, ausgl. in Kaiserslautern 1906; war noch nicht Mitglied. — Willy Hoffmann, Schönstraße 1.

In Strassburg der Seher Ernst Jänicke, geb. in Köthen (Anhalt) 1880, ausgl. das. 1899; war schon Mitglied. — Karl Kunkler, Krebsgasse 23. In Vogelfang (Kr. Schwelm) der Seher Fritz Pawekki, geb. in Vogelfang 1888, ausgl. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Louis Lorenz in Hagen i. W., Fieperstraße 16. In Weiffstein (Schl.) der Seher Gustav Werner, geb. in Neußendorf (Kr. Waldenburg) 1882, ausgl. in Waldenburg 1901; war schon Mitglied. — Richard Hoffmann in Waldenburg (Schl.), Gartenstraße 1. In Witten 1. der Seher Julius Feibmann, geb. in Essen (Ruhr) 1868, ausgl. das. 1886; war schon Mitglied; 2. der Drucker Karl Wiegert, geb. in Fischbeck 1888, ausgl. in Hameln 1906; war noch nicht Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Wiemelhauserstraße 42. In Wern der Drucker Karl Ludwig Wagner, geb. in Hochstetten (Waden) 1877, ausgl. in Karlsruhe 1895; war schon Mitglied. — K. Schöb, Neufeldstraße 11.

Darmstadt. Versammlung Sonntag den 20. April, abends 9 Uhr, im „Berloer“ Altagenstr. **Dresden.** Stereotypen- und Galvanoplastikerversammlung Sonntag den 21. April, vormittags 11 Uhr, bei Schab. **Frankfurt-Offenbach.** Maschinenmeister-Versammlung Sonntag den 21. April, vormittags präzis 10 Uhr, im „Kempferbräu“ (Eiener Steg). **Gießen.** Bezirksversammlung Sonntag den 9. Juni. Anträge hierzu sind bis zum 13. Mai eingehenden. Lot und Zeit nach durch Zirkular bekannt gegeben. **Greifswald.** Versammlung Sonnabend den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Hohmarkt 1. **Grünberg (Schl.).** Versammlung Sonnabend den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, in „Wämel's Konditorei“. **Halle a. S.** Versammlung Sonnabend den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthose „In den drei Königen“. **Kiel.** Versammlung Sonnabend den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel „Gewerkschaftshaus“, Reichenstraße. **Koburg.** Bezirksversammlung Sonntag den 23. April, vormittags 10 Uhr, in Koburg (Restaurant Bönning). Anträge sind bis zum 23. April an den Bezirksvorsitzenden einzureichen. Tagesordnung wird durch Zirkular bekannt gegeben. **Ludwigsfelde.** Versammlung Samstag den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Der Jahreszeiten“. **Münster i. W.** Maschinenmeister-Versammlung Samstag den 20. April bei Madenbrock, Wegdillstraße. **Neuß.** Versammlung Sonnabend den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale (Deutsches Haus). **Planen.** Versammlung Sonntag den 20. April, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, „Schiffergarten“. **Zabrze (O.-Schl.).** Versammlung Sonnabend den 20. April, abends 7 1/2 Uhr, in „Gahners Hotel“.

Versammlungskalender.

Bernburg. Versammlung Sonnabend den 20. April, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale („Deutsches Haus“). **Breslau.** Redaktoren-Versammlung Sonntag den 21. April, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Grüneiche“, Neufeldstraße 7.

Gesucht!!
Kollege als Vertreter
in Drucker (event. ganze Stadt) für einen Teil Jahren mit Erfolg eingehenden Zirkul. W. H. n. Nr. 175 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gesucht gegen gutes Gehalt
Fachmann — Buchdrucker
der auch die Papierbranche kennt, an leitende Stelle der Rotationsabteilung einer Großbuchdruckerei. Bewerber, die schon in gleicher Weise tätig waren, erhalten den Vorzug. Werte Angebote unter A. St. 181 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Typographseker
mit dem Mechanismus der Maschine vollständig vertraut, sofort gesucht. Werte Offerten an G. Pfeiffers Verlag, Dresden, Stephaniensstraße 60. [176]

Euchtiger
Linotypeseker
wird sofort od. später für eine Zeitungsdruckerei in einer braunschweigischen Provinzialstadt ohne Lokalaussicht für dauernd gesucht. Werte Offerten mit näheren Angaben und Lebensangaben unter Nr. 184 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Seker
im modernen Arbeiten- und im Werkzeuge bewandert, sucht sofort dauernde Kondition in Leipzig. Werte Angebote beliebe man unter H. S. 178 in der Geschäftsst. d. Bl. niederzulegen.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.
Wir berufen zum **21. Juli** und folgende Tage den **Vierten Schriftgießerkongress** nach **Leipzig, „Volkshaus“**, mit folgender vorläufigen Tagesordnung ein:

1. Berichterstattung der Zentralkommission;
2. Rechnungslegung;
3. Situationsberichte der Delegierten;
4. Besprechung der im Jahre 1908 ablaufenden Tarife;
5. Stellungnahme zur Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenfrage;
6. Technische Vervollkommnungen an den Gießmaschinen, und welche Vorteile bieten uns dieselben?
7. Die Besetzung und Entlohnung an den Gießapparaten der Lanston-Monotype;
8. Wahl der Zentralkommission.

Anträge sind bis zum **15. Mai** an die Zentralkommission einzufenden. Die Kollegen an kleineren Gießorten, die keine statischen Fragebogen erhalten haben, werden um Angabe einer Adresse gebeten, einzufenden an **G. Reinde**, Berlin O, Pillauer Straße 3. [172]

Rotationsmaschinenmeister
erfte Kraft, langjährig erfahren, mit vier- und achtseitigen Maschinen bestens vertraut, sucht sich sofort zu verändern. Derselbe leistet auch Vorzügliches an einfachen Schnell- und Ziegel- und Druckpressen sowie an der Windbraut. Werte Offerten erbeten unter Nr. 168 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gutenberg, Gesangverein Leipziger Buchdrucker und Schriftgießer.
Direktion: Alfred Schweichert, Herzogl. Anh. Musikdirektor.
Sonnabend den 20. April, abends 8 Uhr:
FRÜHJAHR-S-KONZERT
im grossen Festsale des „Zentraltheater“. * Nach dem Konzerte BALL.
Der Vorstand. [171]

Uhren Gold- & Silberwaren
Lieferung bester Waren gegen kleine Monatsraten
Jonass & Co. Berlin S.W. 247
Belle Alliancestr. 3.
Katalog über 1200 Artikel wird portofrei zugesandt.

Reellste, billigste, direkte Zigarren-Bezugsquelle zu Engrospreisen!
Le Brun
Nebenstehende Original 7 1/2 Pf.-Zigarre mild, doch pikante Qualität
100 Stück 4,75 Mk. [177]

Ferner empfehlen wir folgende erprobte Qualitäten. Preis pro 100 Stück:
Kleine Mexikozigarre . . . 2,75 Mk. | Ricardo, 6-Pf.-Zigarre . . . 4.— Mk. | St. Andres Mexico (vors.) . . . 4,35 Mk. | Plantago, mittel bis kräftig . . . 5,50 Mk.
Porla de St. Andres-Mexico . . . 3,85 „ | Mercedo, hochfein . . . 4,85 „ | Alvarez (vorzögl. Qualität) . . . 5.— „ | The Milroy, zarterster Dell . . . 6.— „

Nicht unter 100 Stück. — 300 Stück franko Deutschland Nachnahme. — 1000 Stück, auch verschledene Sorten, 6% Rabatt. — Nichtzusagendes nehmen zurück.

Czollek & Gebale, Zigarren-Fabrik-Engros-Lager Berlin C., Spandauer Brücke 7, 1 Tr.
Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. — Auch Sonntags geöffnet. zweites Haus vom Hackeschen Markt.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER
Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

16. bis 20. Laufend von Typographisches Allerlei.
Preis 1 Mk. Porto 10 Pf. [111]
Katalog umsonst.
Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

Typographia Berlin.
Sonntag den 28. April, vorm. 10 Uhr, in „Ruhes Hofgärten“, Alte Jakobstraße 76:
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht des Vorstandes; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Festsetzung des Jahresprogramms; 4. Anträge des Vorstandes; 5. Berichtendes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen erwartet vollständiges Erscheinen der Mitglieder.
Der Vorstand. [182]

Sonst ab finden die **Übungsstunden** wieder freitags statt. D. H.

Lungenleiden.
Lungenbluten langsam, aber sicher heilbar. Näheres Leipzig, Bröderstrasse 15, IV. [98]

Für die zahlreichen Glückwünsche anlässlich meines fünfzigjährigen Berufsjubiläums lasse ich hiermit allen Gratulanten meinen herzlichsten Dank!
Berlin, den 15. April 1907.
Rudolf Gerber.

Am 15. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unser wertiges Mitglied, der Setzer
Louis Hon
aus Hamburg im vollendeten 44. Lebensjahre. [180]
Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 11. April verstarb in Gellenkrohen infolge Lungenleidens unser wertiges Mitglied, der Setzer
Josef Gottschalk
im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren. [169]
Der Bezirksverein Aachen.

Am 11. April verstarb an der Berufskrankheit unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Salomon Braun
im Alter von 28 Jahren. Sein Andenken wird in Ehren halten. [179]
Der Bezirksverein Motz.